

BürgerProgramm Soziale Marktwirtschaft –

Ergebnisse einer repräsentativen
Bürgerumfrage zu den Vorschlägen des
BürgerForums Soziale Marktwirtschaft

Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung und Ludwig-Erhard-Stiftung



BürgerProgramm Soziale Marktwirtschaft –

Ergebnisse einer repräsentativen Bürgerumfrage zu den
Vorschlägen des BürgerForums Soziale Marktwirtschaft

Gütersloh, im Juni 2008

Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung und
Ludwig-Erhard-Stiftung

Inhalt

Einleitung	6
Zentrale Ergebnisse in Kürze	7
Drei Viertel der Bürger halten die Verteilung für nicht gerecht	8
Wer vollbeschäftigt arbeitet, soll davon leben können	12
Mehr Geld für Bildung	14
Bessere Steuerung der Zuwanderung	16
Vereinfachung des Steuersystems	18
Internationale Standards für eine global gerechte Marktwirtschaft	20
Forschungsfreiheit ohne ideologische Schranken	23
Bezahlbare Gesundheitsversorgung mit gleichen Leistungen für alle Bürger	25
Klare Mehrheiten für eine ökologische Umsteuerung	27
Service-Formular	30
Impressum	31

Einleitung

Zum 60. Jahrestag der Wirtschafts- und Währungsreform am 20. Juni 1948 – der Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland – verliert die Soziale Marktwirtschaft weiter an Vertrauen und Akzeptanz in der Bevölkerung. Inzwischen haben mehr Menschen in Deutschland eine „eher schlechte“ als eine „eher gute Meinung“ von der Sozialen Marktwirtschaft, und nur noch jeder achte Bürger empfindet die Wirklichkeit der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland als gerecht.¹

Wie aber sieht das Leitbild einer zukunftsfähigen Sozialen Marktwirtschaft aus Sicht der Bevölkerung aus? Wie müsste die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland weiterentwickelt werden, um von den Menschen als wirtschaftlich erfolgreich und zugleich sozial gerechte Wirtschaftsordnung akzeptiert und anerkannt zu werden?

Zur Beantwortung dieser Fragen haben die Bertelsmann Stiftung, die Heinz Nixdorf Stiftung und die Ludwig-Erhard-Stiftung im **BürgerForum Soziale Marktwirtschaft** 350 zufällig und repräsentativ ausgewählte Bürger aus allen Landesteilen Deutschlands eingeladen, ihr Leitbild einer zukunftsfähigen Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zu entwickeln. In einer intensiven, über zehn Wochen dauernden Online- und Präsenzdebatte haben die Teilnehmer des BürgerForums ihr **BürgerProgramm Soziale Marktwirtschaft**² selbstständig geschrieben. Die Inhalte wurden in acht Themenausschüssen erarbeitet, vom BürgerForum insgesamt debattiert und abgestimmt.

Die Entwicklung des BürgerProgramms fand ohne den Einfluss von Parteien und Interessenverbänden statt. Es handelt sich um ein Programm der Bürger, das erstmals versucht, über alle Parteigrenzen hinweg die unterschiedlichsten Sichtweisen und Wertvorstellungen aller Bürger einzubinden.

Die vorliegende Studie dokumentiert nun die Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland im Mai 2008 zu den wesentlichen Inhalten, Vorschlägen und Forderungen dieses BürgerProgramms.

Im Vordergrund der Umfrage zum BürgerProgramm stand besonders:

- Wie gerecht oder ungerecht empfinden die Befragten die Soziale Marktwirtschaft aktuell, und wie mehrheitsfähig sind die zentralen Inhalte, Vorschläge und Forderungen des BürgerProgramms in der gesamten Bevölkerung?

Die Befragung wurde vom Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach im Zeitraum zwischen dem 8. und 29. Mai als mündlich-persönliches Interview (Face-to-face) mit insgesamt 1.800 für die gesamte Wahlbevölkerung Deutschlands repräsentativ ausgewählten Personen durchgeführt. Die Interviews wurden von Interviewern des Allensbacher Instituts anhand eines Fragebogens geführt, dessen Inhalte im Vorfeld mit den Teilnehmern des BürgerForums abgestimmt wurden.

¹ Robert B. Vehrkamp, Andreas Kleinstüber: Soziale Gerechtigkeit – Ergebnisse einer repräsentativen Bürger-Umfrage, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, im Dezember 2007.

² Das BürgerProgramm ist eine eigenständige Publikation, die Sie unter www.buergerforum2008.de bestellen und herunterladen können.

Zentrale Ergebnisse in Kürze

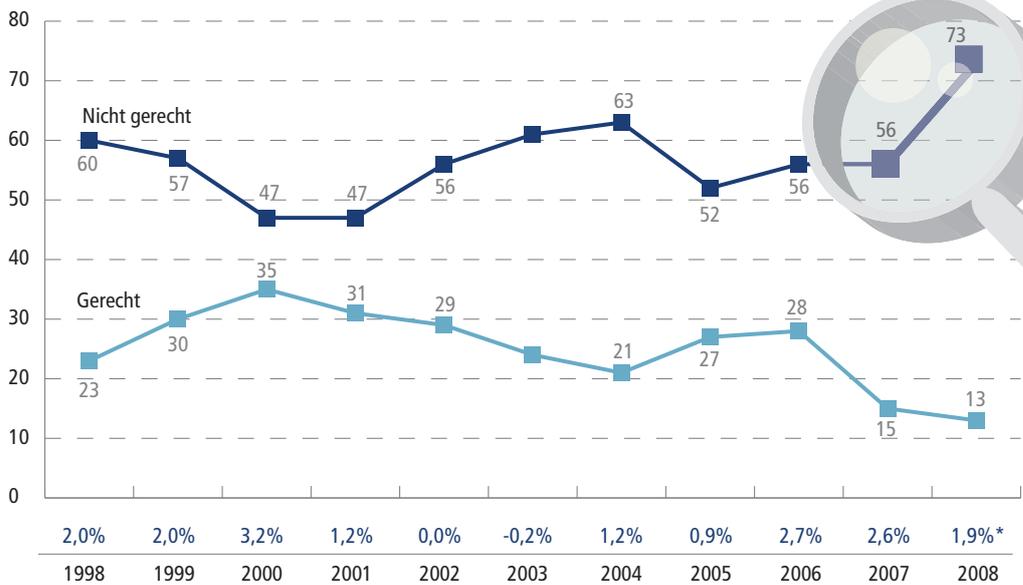
- **Drei Viertel der Bürger halten die Verteilung für nicht gerecht:** Trotz anhaltendem Aufschwung empfinden inzwischen fast drei Viertel (73 Prozent) aller Menschen in Deutschland die wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande als „nicht gerecht“. Gleichzeitig haben erstmals mehr Menschen von der Sozialen Marktwirtschaft eine „eher schlechte“ als eine „eher gute“ Meinung.
- **Wer Vollzeit arbeitet, soll davon leben können:** 82 Prozent der Bevölkerung schließen sich der Auffassung des BürgerForums „voll und ganz“ an, dass Menschen, die eine Vollzeitbeschäftigung haben, keine zusätzlichen staatlichen Leistungen benötigen sollten, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.
- **Mehr Geld für Bildung:** Über 90 Prozent der Menschen stimmen der Forderung des BürgerForums zu, dass der Staat mehr Geld für Bildung ausgeben soll, um Kinder aus sozial schwachen Familien und individuelle Begabungen stärker zu fördern sowie die Lernmittelfreiheit zu gewährleisten.
- **Bessere Steuerung der Zuwanderung:** Das BürgerForum strebt eine umfassendere wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe von Ausländern an. Dauerhaft hier lebende Ausländer sollen deshalb die deutsche Sprache lernen, eine Forderung, die von 79 Prozent der Bevölkerung geteilt wird.
- **Vereinfachung des Steuersystems:** Dem Vorschlag des BürgerForums, die Steuergesetze in Deutschland zu vereinfachen und für die Bürger verständlicher zu machen, stimmen 76 Prozent der Bevölkerung „voll und ganz“ zu.
- **Internationale Standards für eine global gerechte Marktwirtschaft:** Fast 70 Prozent der Bevölkerung stimmen dem Vorschlag des BürgerForums „voll und ganz“ zu, Unternehmen, die gegen Arbeitsrecht, Umweltschutz oder Menschenrechte verstoßen, keine öffentlichen Aufträge mehr zu erteilen.
- **Forschungsfreiheit ohne ideologische Schranken:** 70 Prozent der Bevölkerung wollen ebenso wie das BürgerForum sicherstellen, dass Forschungsgelder nicht nach parteipolitischen oder ideologischen Gesichtspunkten vergeben werden.
- **Bezahlbare Gesundheitsversorgung mit gleichen Leistungen für alle Bürger:** Aus Sicht des BürgerForums sollen die Leistungen des Gesundheitssystems für alle verfügbar und bezahlbar sein. Das ist eine Forderung, die von 84 Prozent der Bevölkerung „voll und ganz“ geteilt wird.
- **Klare Mehrheiten für eine ökologische Umsteuerung:** 80 Prozent der Bevölkerung teilen die Auffassung des BürgerForums „voll und ganz“, dass Unternehmen, die die Umwelt belasten oder schädigen, auch alle Folgekosten dafür übernehmen müssen.

Drei Viertel aller Bürger halten die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland für nicht gerecht

Die große Mehrheit aller Menschen in Deutschland (73 Prozent) empfindet die Verteilung von Einkommen und Vermögen im Lande als ungerecht. Noch nicht einmal jeder Achte (13 Prozent) bezeichnet die wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande dagegen noch als im Großen und Ganzen gerecht. Damit hat sich die Gerechtigkeitsschere allein in den vergangenen drei Jahren dramatisch geöffnet. Während noch im Jahr 2005 lediglich knapp die Hälfte (52 Prozent) der Menschen die Verteilung in Deutschland als ungerecht bezeichneten, sahen immerhin noch mehr als ein Viertel (27 Prozent) aller Bürger diese als gerecht an. Gemessen an der Differenz zwischen den Urteilen „gerecht“ und

Rasant wachsende Mehrheit findet Verteilung nicht gerecht

Frage: „Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in der Bundesrepublik – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“



Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr (Quelle: Statistisches Bundesamt)
 *Schätzwert des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

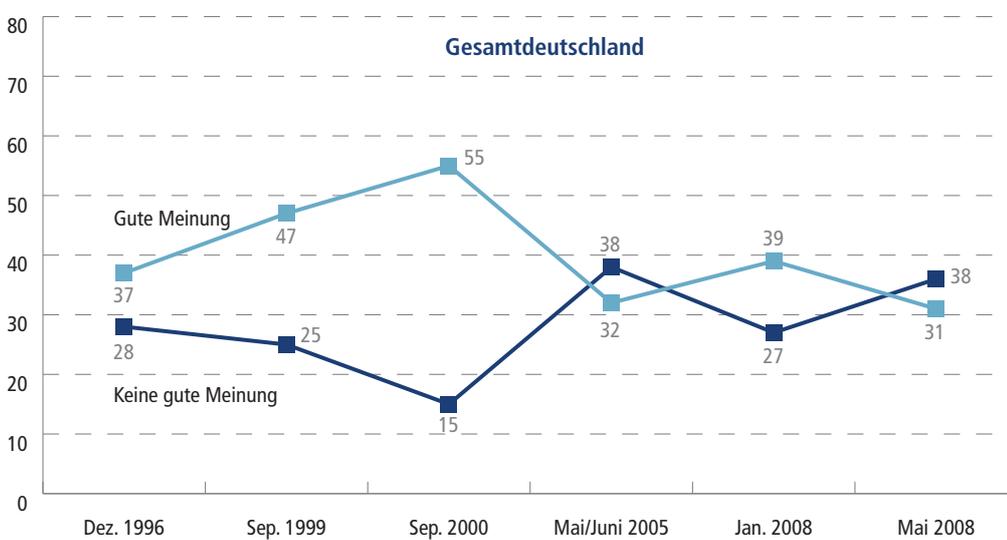
Angaben in Prozent

| BertelsmannStiftung

„ungerecht“ hat sich das von der Bevölkerung empfundene Gerechtigkeitsdefizit von 25 Prozentpunkten auf 60 Prozentpunkte mehr als verdoppelt. Noch im Jahr 1995 lagen diese Werte mit 43 Prozent („nicht gerecht“) und 39 Prozent („gerecht“) nahezu gleichauf.

Kritische Bewertung der Sozialen Marktwirtschaft

Frage: „Haben Sie von der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland eine gute oder keine gute Meinung?“



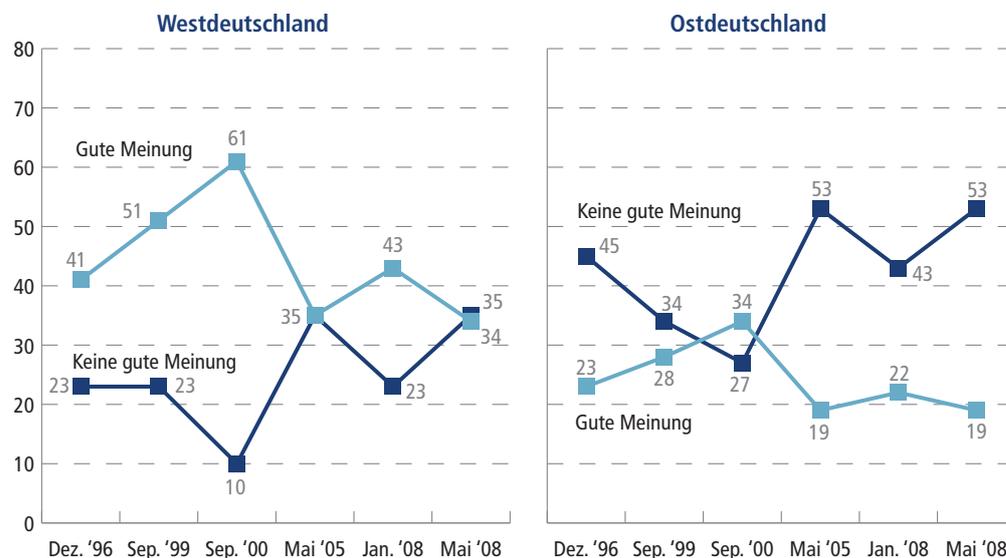
Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

Differenziert nach Anhängern der im Bundestag vertretenen Parteien zeigt sich darüber hinaus, dass das Gerechtigkeitsdefizit in Deutschland – in unterschiedlicher Ausprägung – von den Anhängern aller Parteien gesehen wird. Während die Anhänger der Linken fast unisono (91 Prozent) die Verhältnisse in Deutschland als ungerecht beklagen, wird diese Einschätzung bei der SPD (76 Prozent) und den Grünen (75 Prozent) von etwa drei Viertel ihrer Anhänger geteilt, während auch die Anhänger der CDU/CSU (66 Prozent) und der FDP (65 Prozent) zwar leicht unterdurchschnittlich, aber dennoch zu etwa zwei Dritteln dieser Auffassung sind. Lediglich die Anhänger der FDP halten zu immerhin fast einem Viertel die Verhältnisse im Deutschland noch für gerecht, während diese Einschätzung nur von drei Prozent der Anhänger der Linken geteilt wird.

Kritische Bewertung der Sozialen Marktwirtschaft

Frage: „Haben Sie von der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland eine gute oder keine gute Meinung?“



Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

Der parteiübergreifend relativ große Konsens in der Beurteilung der Gerechtigkeitslage im Lande spiegelt sich auch mit Blick auf die Unterschiede zwischen den west- und ostdeutschen Bundesländern sowie differenziert nach unterschiedlichen Einkommensklassen:

- Während in den ostdeutschen Bundesländern etwa sieben von acht Bürgern die Verhältnisse als ungerecht beschreiben, liegt dieser Anteil auch in den westdeutschen Bundesländern bei deutlich mehr als zwei Drittel (71 Prozent).
- Während in den unteren Einkommensklassen (bis 2.000 Euro Haushaltsnettoeinkommen) knapp über 80 Prozent der Menschen die Verhältnisse als ungerecht empfinden, teilt mit 61 Prozent auch eine deutliche Mehrheit der Menschen mit höherem Einkommen (3.000 Euro und mehr Haushaltsnettoeinkommen) dieses Urteil.

Im Gesamtbild ergibt sich damit ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber, dass die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland unter einem Gerechtigkeitsdefizit leidet. Partei- und schichtenübergreifend empfinden die Menschen in Deutschland die Verteilung von Einkommen und Vermögen als im Großen und Ganzen nicht gerecht.

Diesem Bild entspricht die sinkende Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft. Nur noch 31 Prozent der Menschen in Deutschland haben eine gute Meinung, während 38 Prozent keine gute Meinung von der Sozialen Marktwirtschaft mehr haben. Teilen in den ostdeutschen Bundesländern bereits mehr als die Hälfte der Menschen dieses negative Urteil über die Soziale Marktwirtschaft, haben erstmals auch in den westdeutschen Ländern mit 35 Prozent gegenüber 34 Prozent erstmals knapp mehr Menschen ein negatives als ein positives Urteil über die Soziale Marktwirtschaft.

Wer vollbeschäftigt arbeitet, soll davon leben können

Ausschuss Arbeit

Im Ausschuss Arbeit diskutierten die Mitglieder, inwieweit sich unterschiedliche Lebensphasen und -situationen mit den Arbeitsbedingungen von heute vereinbaren lassen. Darüber hinaus stellten sie die Frage, welchen Stellenwert das Thema soziale Verantwortung in der arbeitenden Gesellschaft einnimmt und wie diese gefördert werden kann. Als dritten Problembereich definierten sie die mangelnde Lohngerechtigkeit.

Weiterbildung – ja, aber wer trägt die Kosten?

Das Thema Weiterbildung spielt nicht nur im gesamten BürgerProgramm eine wichtige Rolle, sondern auch 96 Prozent der deutschen Bevölkerung sind von ihrer Notwendigkeit überzeugt. Arbeitgeber sollten demnach ihre Mitarbeiter bei der beruflichen Weiterqualifizierung unterstützen. Bei der Frage, wer die Kosten dafür zu tragen hat, gehen die Meinungen allerdings auseinander. Das BürgerProgramm empfiehlt, die Kosten sowohl auf den Arbeitgeber, den Arbeitnehmer und den Staat aufzuteilen. Dem stimmen nur 36 Prozent der Gesamtbevölkerung „voll und ganz“ zu. 45 Prozent unterstützen diese Forderung nur eingeschränkt und 15 Prozent überhaupt nicht. Einen eindeutigen Zuspruch (63 Prozent) erhält der Vorschlag, kleinere und mittlere Unternehmen bei der Aus- und Weiterbildung mit einem staatlichen Ausbildungsschuss verstärkt zu unterstützen.

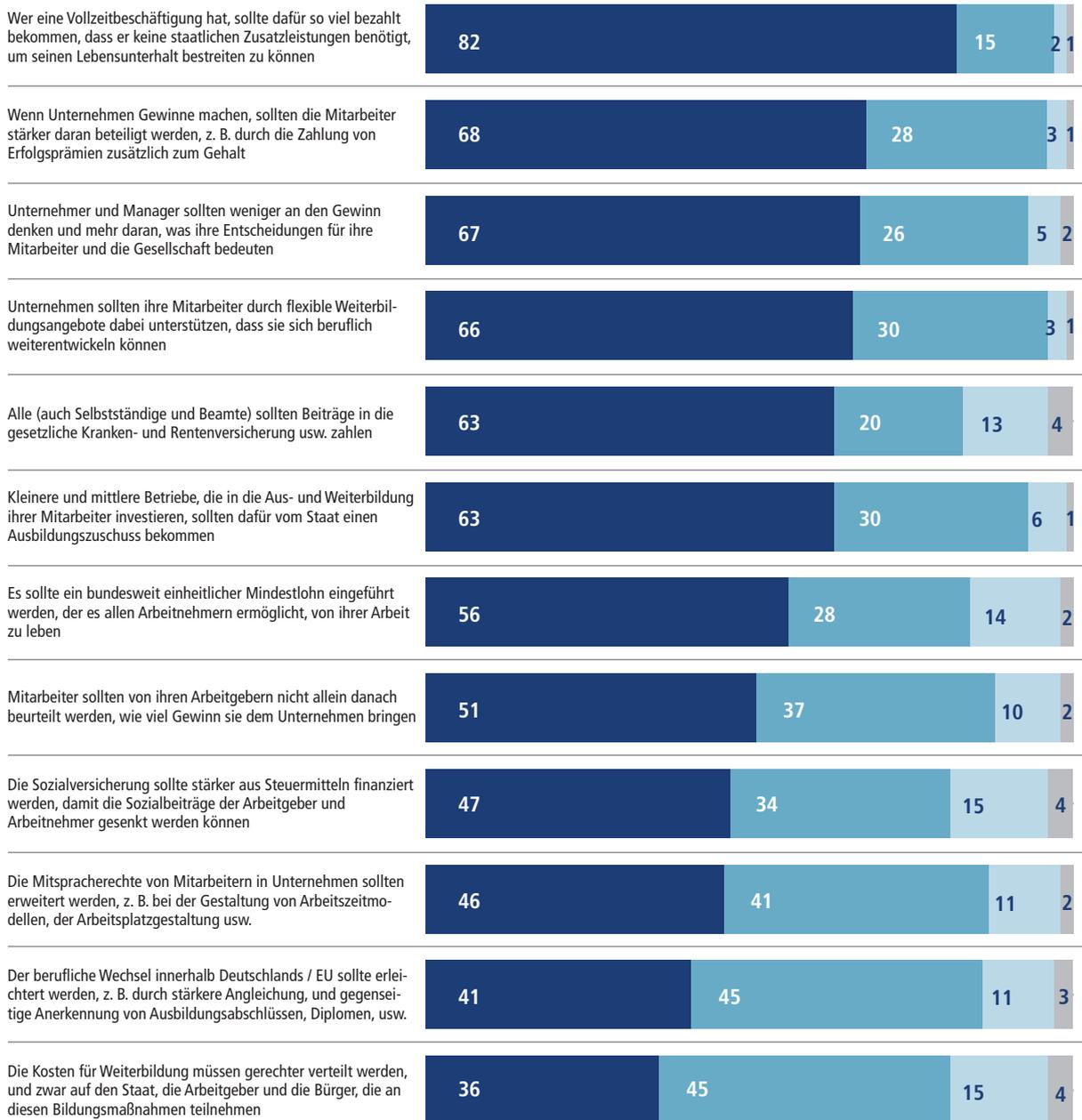
Arbeit – mehr als nur ein Produktionsfaktor

Aus Sicht der Teilnehmer des BürgerForums findet Arbeit zu wenig Anerkennung. Sowohl von Arbeitgebern als auch von Arbeitnehmern wird oft verkannt, dass sie sowohl Rechte als auch Pflichten in sich birgt. So muss der Mensch im Arbeitsprozess aufgewertet werden. Dass ein Mitarbeiter nicht allein nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten (wie dem Gewinn) beurteilt werden sollte, stößt auch in der Bevölkerung auf breite Zustimmung (88 Prozent). Statt nur an Profit zu denken, sollten Unternehmer und Manager – laut 93 Prozent der aller Bürger – verstärkt berücksichtigen, was ihre Entscheidungen für die Mitarbeiter und die Gesellschaft bedeuten. Darüber hinaus billigt das BürgerProgramm dem Arbeitnehmer mehr Mitspracherecht im Unternehmen zu, beispielsweise hinsichtlich der Gestaltung von Arbeitszeitmodellen – eine Forderung, die 87 Prozent der Gesamtbevölkerung teilen. Die Motivation, sich nicht nur im Unternehmen, sondern auch für das Unternehmen zu engagieren, kann durch Gewinnbeteiligung bei den Mitarbeitern erhöht werden. Hinter dieser Idee stehen 68 Prozent aller Bürger.

Lohngerechtigkeit – Vollbeschäftigung muss zum Leben reichen

Das BürgerProgramm proklamiert, dass der, der Vollzeit arbeitet, keine zusätzlichen staatlichen Transferleistungen benötigen darf. Sein Einkommen muss ausreichen, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Dem stimmt eine herausragende Mehrheit von 82 Prozent der Bevölkerung „voll und ganz“ zu. Um dies zu gewährleisten, soll laut der Teilnehmer des BürgerForums ein bundesweit einheitlicher Mindestlohn eingeführt werden. Dieser Vorschlag erhält bei der Bevölkerung immerhin

Gesamtergebnisse: Ausschuss Arbeit



Es stimmen dieser Forderung zu: voll und ganz eher ja eher nicht unentschieden

Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

eine knappe Mehrheit (56 Prozent). 14 Prozent sprechen sich jedoch dagegen aus. Indem die sozialen Sicherungssysteme schrittweise verstärkt durch Steuern finanziert werden, sollen gemäß dem BürgerProgramm die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Hier zeichnet sich ein differenziertes Meinungsbild ab. Während 47 Prozent der deutschen Bevölkerung der verstärkten Steuerfinanzierung „voll und ganz“ unterstützen, stimmen dem 34 Prozent eingeschränkt zu, und 15 Prozent lehnen diese Form der Finanzierung ab.

Mehr Geld für Bildung

Ausschuss Bildung

Im Ausschuss Bildung beschäftigten sich die Mitglieder neben der Ressourcenknappheit im Bildungswesen mit einheitlichen Strukturen und Standards, die eine bundesweite Mobilität fördern sollen. Umfassend diskutierten die Bürger zudem die einzelnen Schritte des lebenslang andauernden Bildungsprozesses.

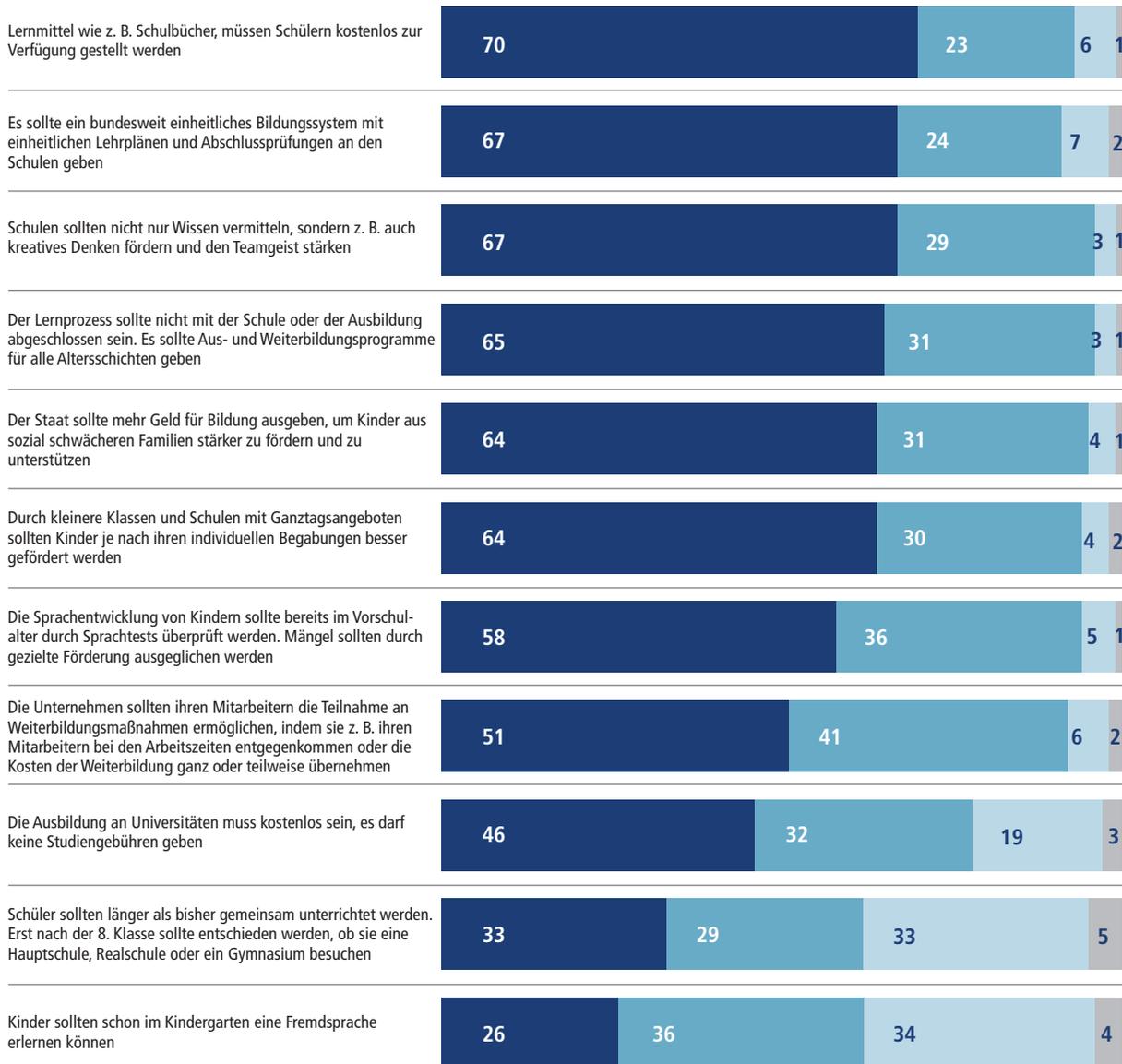
Ressourcenknappheit – mangelt es der Bildung an einer Lobby?

Die Forderung, dass mehr staatliche Mittel in die Bildung fließen müssen, um die Chancengerechtigkeit aller in Deutschland zu erhöhen, findet bundesweit eine herausragende Unterstützung (95 Prozent). So sollen laut dem BürgerProgramm und 93 Prozent der deutschen Bevölkerung Lehrmittel, wie beispielsweise Schulbücher, allen Schülern kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Kleinere Klassen und Schulen mit Ganztagsangeboten sollen darüber hinaus die Heranwachsenden in ihren individuellen Begabungen fördern. In der Diskussion um die Hochschulbildung differenziert sich das Meinungsbild. Während die Verfasser des BürgerProgramms die Abschaffung von Studiengebühren verlangen, stimmen dem 46 Prozent der Bevölkerung „voll und ganz“ zu, 32 Prozent sind in ihrer Unterstützung bereits zurückhaltender und 19 Prozent lehnen die Forderung ab.

Einheitliche Bildungslandschaft – differenziertes Meinungsbild

Noch differenzierter zeigt sich das Bild bei dem Thema Schulform. Das BürgerProgramm schlägt hierbei eine Schulform vor, bei der alle Schüler die ersten acht Schuljahre gemeinsam durchlaufen und sich der Bildungsweg erst danach trennt. Ein Drittel der Bevölkerung (33 Prozent) unterstützt diese Idee, knapp ein Drittel (29 Prozent) zeigt sich dieser gegenüber durchaus zögerlicher, und das letzte Drittel (33 Prozent) der Bevölkerung spricht sich gegen diese Schulform aus. Im Gegensatz dazu erhält die Forderung nach einem bundesweit einheitlichen Bildungssystem mit einheitlichen Lehrplänen und Abschlussprüfungen nahezu die vollständige Zustimmung aller Deutschen (91 Prozent).

Gesamtergebnisse: Ausschuss Bildung



Es stimmen dieser Forderung zu: ■ voll und ganz ■ eher ja ■ eher nicht ■ unentschieden

Angaben in Prozent

Bertelsmann Stiftung

Lebenslanges Lernen – mehr als reines Schulwissen

Aus Sicht des BürgerForums ist der Lernprozess eines Menschen nicht mit der Schule oder Ausbildung abgeschlossen. Es sollte daher Ausbildungs- und Weiterbildungsprogramme geben, die sich an alle Altersgruppen richten. Eine herausragende Mehrheit aller Deutschen (96 und 92 Prozent) teilt diese Meinung und unterstützt den Appell, dass Unternehmen ihre Mitarbeiter dabei aktiv zur Seite stehen, indem sie ihren Arbeitnehmern sowohl hinsichtlich der Arbeitszeiten als auch der Kosten entgegenkommen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Ausschuss Bildung war die Erhöhung der Sprachkompetenz. Diese bezog sich zum einen auf Kinder mit Migrationshintergrund, deren Sprachfähigkeit frühzeitig überprüft werden sollte, um eine gezielte Förderung vornehmen zu können. Das wird von 94 Prozent der Gesamtbevölkerung mitgetragen. Zum anderen richtet sich die gezielte Sprachförderung an Kindergartenkinder, die bereits in diesem Alter eine Fremdsprache lernen sollten. Mehr als ein Drittel der Deutschen (34 Prozent) halten diesen Vorschlag für nicht unterstützenswert. Darüber, dass Schulbildung mehr als nur Schulwissen, sondern vor allem soziale Kompetenzen vermitteln muss, sind sich wiederum alle einig (96 Prozent).

Bessere Steuerung der Zuwanderung

Ausschuss Demographie

Die Mitglieder des Ausschusses Demographie diskutierten, wie das Schaffenspotenzial der Generation 50+ besser genutzt, wie der Arbeitsmarkt familienfreundlicher gestaltet und inwieweit die Zuwanderung angesichts der Herausforderung des demographischen Wandels erfolgreicher gesteuert werden kann.

Generation 50+ – Flexibilität während der Arbeit und bei der Rente

Aus Sicht der Teilnehmer des BürgerForums Soziale Marktwirtschaft ist es für eine „alternde“ Gesellschaft unerlässlich, die wertvollen Potenziale älterer Arbeitnehmer zu nutzen. Dies kann aber nur dann gelingen, wenn Arbeitgeber altersgerechte und flexible Arbeitsbedingungen schaffen. 91 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung unterstützen diese Forderung. Dass dazu die Zusammenarbeit zwischen den Generationen gezielt gefördert werden muss, findet ebenfalls eine übertragende Mehrheit der Bevölkerung (91 Prozent). Eine wichtige Rolle in der Ausschussdiskussion spielte zudem das Renteneintrittsalter. Gemäß dem BürgerProgramm soll jeder Arbeitnehmer selbst bestimmen, wann er in Ruhestand geht. Wer aus dem Erwerbsleben vorzeitig austritt, muss jedoch Abschläge in Kauf nehmen. Diese Sicht teilen 82 Prozent aller Bürger. Bei der Forderung, dass Fachkräfte ermutigt werden sollen, auch über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus berufstätig zu sein, gehen die Meinungen der Teilnehmer des BürgerForums und die der Bevölkerung allerdings stark auseinander. Während 14 Prozent aller Bürger den Vorschlag unterstützen, waren die Verfasser des BürgerProgramms mehrheitlich dafür.

Gesamtergebnisse: Ausschuss Demographie



x = unter 0,5%

Es stimmen dieser Forderung zu: voll und ganz eher ja eher nicht unentschieden

Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

Gerechte Familienpolitik – noch mehr Familien- und Elternförderung

Die Gesamtbevölkerung untermauert mit überwältigenden Mehrheiten die im BürgerProgramm geforderte Erhöhung der finanziellen Unterstützung von Familien mit Kindern (92 Prozent) sowie den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots (89 Prozent). Außerordentlich hohe Zustimmungen (92 und 89 Prozent) erhielt das Programm zudem für den Anspruch, dass berufstätige Eltern gleichermaßen in die Elternzeit gehen können, ohne dass ihnen dadurch ein beruflicher Nachteil entsteht, und dass Erziehungszeiten stärker in der Rentenleistung berücksichtigt werden. Kreativen Lösungsvorschlägen zur Familienförderung, wie dem Ausbau von Mehrgenerationenhäusern, in denen sich Generationen in ihrem Alltag gegenseitig unterstützen, stehen drei Viertel der Bevölkerung überwiegend positiv gegenüber (75 Prozent).

Zuwanderung – ein kontroverses Thema

Aus Sicht der Teilnehmer des BürgerForums stellte sich nicht die Frage, ob Zuwanderung erstrebenswert ist, sondern vielmehr, wie diese kontrolliert gefördert werden kann. Das Erlernen der deutschen Sprache erachten sowohl die Teilnehmer des BürgerForums als auch alle Bürger (79 Prozent) für eine unabdingbare Integrationsvoraussetzung. Dagegen halten 40 Prozent der Bevölkerung es „eher nicht“ für notwendig, dass generell mehr für die Integration ausländischer Mitbürger getan werden muss, indem beispielsweise Schüler mit Migrationshintergrund besonders gefördert werden. Und beim Vorschlag, dass sich Deutschland verstärkt um die Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland bemühen sollte, klaffen die Meinungen noch stärker auseinander. Annähernd drei Viertel der Gesamtbevölkerung (74 Prozent) lehnen diese Zuwanderungspolitik ab.

Vereinfachung des Steuersystems

Ausschuss Finanzen

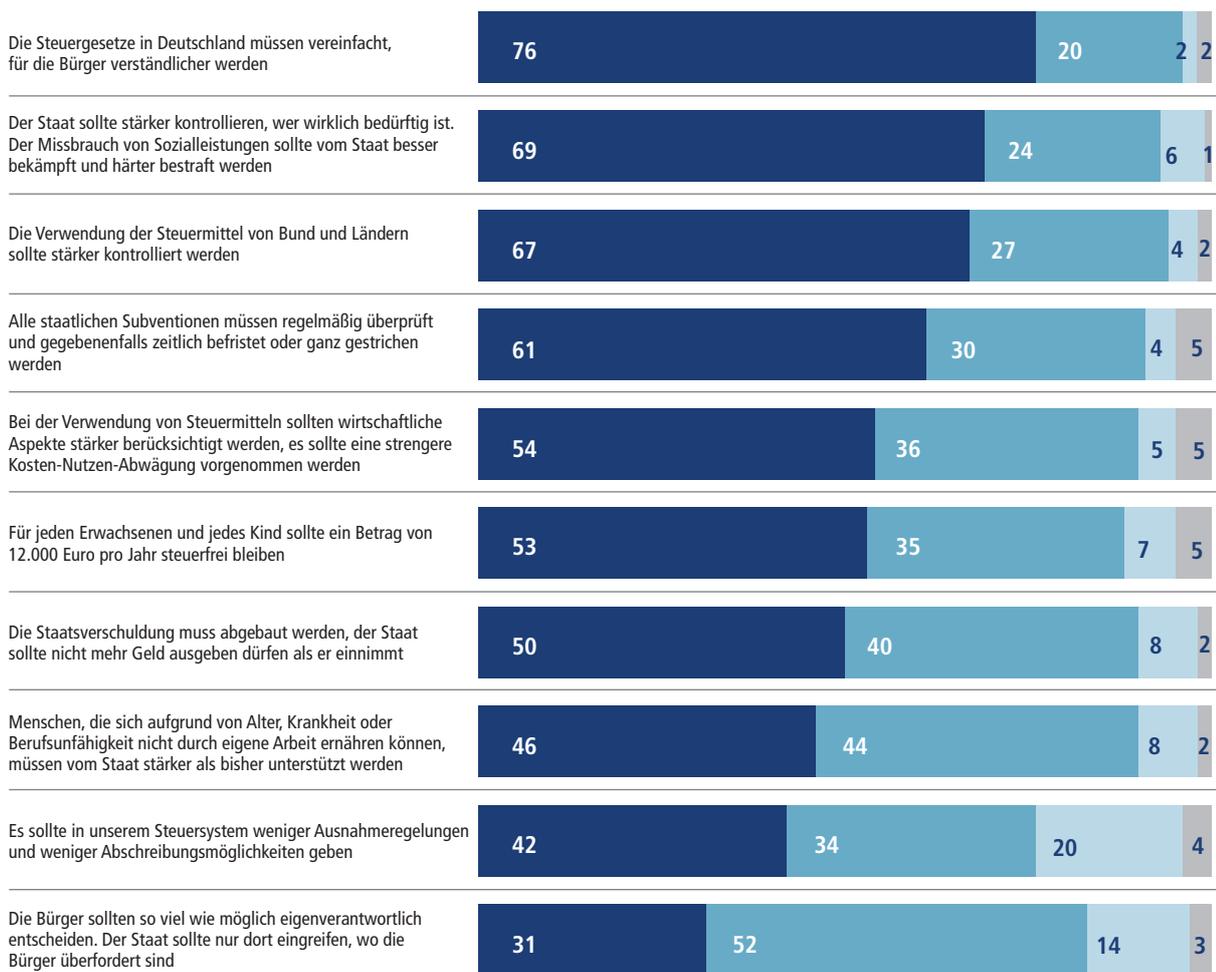
Die Begrenzung der Staatsverschuldung, ein neues Steuersystem und eine Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen dem Staat und der Eigenverantwortung seiner Bürger waren die wichtigsten Prioritäten, zum denen der Ausschuss Finanzen im BürgerProgramm konkrete Politikvorschläge erarbeitet hat.

Neues Steuersystem – für mehr Transparenz und Gerechtigkeit

Die Teilnehmer des BürgerForums sind der Meinung, dass es in Deutschland zu viele Steuergesetze und Subventionen gibt. Die Bürger können deshalb die Steuergesetzgebung nicht mehr nachvollziehen, und die „Findigen“ nutzen die Gesetze zu ihren Gunsten aus. Die daraus abgeleitete Forderung nach einem einfachen, transparenten und gerechten neuen Steuersystem wird von der großen Mehrheit der Bevölkerung geteilt. Mehr als drei Viertel (76 Prozent) aller Bürger stimmen diesen Vorschlägen des BürgerForums „voll und ganz“ zu. Den Forderungen des BürgerForums nach stärkeren staatlichen Sanktionen gegen den Missbrauch von Sozialleistungen sowie gegen die Verschwendung von Steuergeldern stimmen ebenfalls mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung zu.

Auch die Forderung des BürgerForums nach einem steuerlichen Freibetrag für jeden Erwachsenen und für jedes Kind in Höhe von 12.000 Euro findet in der Bevölkerung eine klare Mehrheit (53 Prozent stimmen „voll und ganz“ zu).

Gesamtergebnisse: Ausschuss Finanzen



Es stimmen dieser Forderung zu: ■ voll und ganz ■ eher ja ■ eher nicht ■ unentschieden

Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

Abbau der Staatsverschuldung – Verbot der Kreditfinanzierung in Art. 115 GG

Die wachsende Staatsverschuldung schränkt nach Meinung des BürgerForums den politischen Handlungsspielraum ein und belastet die heutigen und zukünftigen Generationen. Das BürgerForum fordert deshalb durch eine Neuformulierung des Art. 115 GG sicherzustellen, dass staatliche Ausgaben nicht mehr durch die Aufnahme von Krediten finanziert werden dürfen. Ausnahmen sind nur unter sehr restriktiven Bedingungen überhaupt zulässig und mit klaren Tilgungsverpflichtungen verbunden. Dieser Forderung stimmen in der Bevölkerung 50 Prozent „voll und ganz“ und weitere 40 Prozent mit „eher ja“ zu. Auch dem Vorschlag des BürgerForums, alle staatlichen Subventionen regelmäßig zu überprüfen und sie entweder zeitlich zu befristen oder ganz zu streichen, stimmen 61 Prozent aller Menschen in Deutschland vorbehaltlos zu und weitere 30 Prozent immerhin mit „eher ja“, während lediglich vier Prozent einem solchen Vorschlag eher ablehnend gegenüberstehen.

Staatsaufgaben – Eigen- und Staatsverantwortung neu sortieren

Zur Herstellung von mehr Gerechtigkeit in der Marktwirtschaft hat sich das BürgerForum dafür ausgesprochen, die finanziellen Sozialleistungen des Staates durch mehr Eigenverantwortlichkeit der Bürger und durch eine gerechtere Verteilung zu optimieren. Dabei plädiert das BürgerForum für eine neue Balance zwischen der Eigenverantwortung des Einzelnen und der Staatsverantwortung für den Einzelnen. Neben mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative des Einzelnen schlägt das BürgerForum ergänzend für alle Bürger eine staatliche Garantie gewisser „Grundleistungen“ vor, wobei die konkrete Leistungsgewährung allerdings einer ständigen Kontrolle unterliegen soll. Dem Grundtenor des BürgerForums, dass die einzelnen Bürger so viel wie möglich eigenverantwortlich entscheiden sollen und der Staat nur dort eingreifen soll, wo der einzelne Bürger überfordert ist, stimmt allerdings nur knapp ein Drittel der Bevölkerung „voll und ganz“ zu. Die Mehrheit der Menschen in Deutschland (52 Prozent) stimmen nur etwas vorsichtiger mit „eher ja“ zu, während immerhin 14 Prozent diesen Tenor sogar eher ablehnen.

Internationale Standards für eine global gerechte Marktwirtschaft

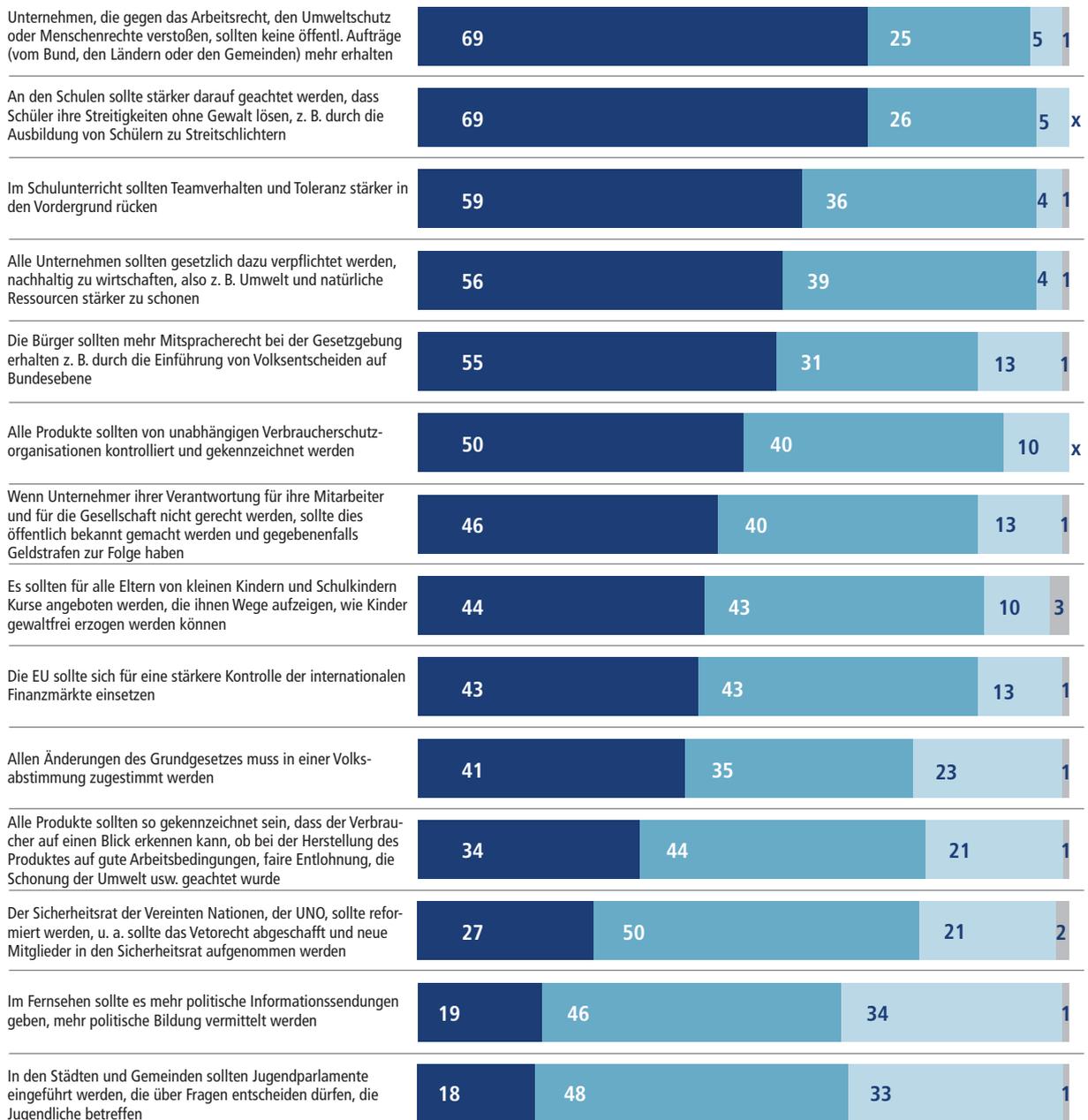
Ausschuss Globalisierung

Der Ausschuss Globalisierung hat breite Zustimmung im BürgerForum für Problemlösungen erhalten, die für eine Stärkung ethischer Grundlagen im Wirtschaftsleben sorgen, die Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen ausbauen und verbindliche internationale Standards für global operierende Unternehmen durchsetzen sollen.

Ethisches Wirtschaften – Chancen für bewusste Verbraucher stärken

Für die Durchsetzung ethischen Wirtschaftens will das BürgerForum die Chancen für bewusstes Verbraucherverhalten stärken. So sollen mit einer „Ampel der Fairness“ alle Produkte gekennzeichnet

Gesamtergebnisse: Ausschuss Globalisierung



x = unter 0,5%

Es stimmen dieser Forderung zu: voll und ganz eher ja eher nicht unentschieden

Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

werden, damit der Verbraucher auf einen Blick erkennen kann, ob bei der ganzen Produktionskette auf faire Entlohnung und soziale wie ökologische Standards geachtet wurde. 78 Prozent der Bevölkerung entscheiden sich für diese Maßnahme, davon 34 Prozent „voll und ganz“. Dabei sollen alle Produkte von unabhängigen Verbraucherschutzorganisationen kontrolliert und gekennzeichnet werden, was bei 90 Prozent der Menschen auf Zustimmung trifft. 95 Prozent Bevölkerung teilt auch die Auffassung des BürgerForums, dass Unternehmen gesetzlich verpflichtet werden sollen, nachhaltig zu wirtschaften, davon 56 Prozent „voll und ganz“. Sollten Unternehmen ihrer Verantwortung für Mitarbeiter und Gesellschaft nicht gerecht werden, wollen 86 Prozent der Bevölkerung ebenso wie das BürgerForum dies durch öffentliche Bekanntmachungen und Geldstrafen sanktioniert wissen.

Beteiligung der Bürger – mehr Mitspracherechte bei der Gesetzgebung

Um in Zeiten schneller globaler Veränderungen der wachsenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, fordert das BürgerForum mehr Mitspracherechte bei der Gesetzgebung. Eine klare Mehrheit von 55 Prozent aller Bürger teilt diese Forderung nach mehr direkter Demokratie durch Volksentscheide auf Bundesebene „voll und ganz“, weitere 31 Prozent entscheiden sich „eher“ dafür. Auch eine klare Mehrheit von 76 Prozent der Bevölkerung schließt sich der Forderung an, allen Änderungen des Grundgesetzes in einer Volksabstimmung zustimmen zu lassen. Für die stärkere Einbindung der Bürger in die politische Willensbildung soll aus Sicht von 66 Prozent der Bevölkerung mehr politische Bildung im Fernsehen vermittelt werden. Und durch die Einführung von Jugendparlamenten in Städten und Gemeinden sollen, wie ebenfalls 65 Prozent der Bevölkerung meinen, über Fragen entschieden werden, die Jugendliche betreffen.

Internationale Standards – Basis für global gerechte Marktwirtschaft

Die Mitglieder des BürgerForums erwarten von den nationalen Regierungen und der EU, dass sie sich für die Einführung international verbindlicher Standards im globalen Markt einsetzen. Das Ziel ist ein globales Wirtschaftsrecht, das besonders auf Ziele wie die allgemeine Menschenwürde und Nachhaltigkeit gerichtet ist. Als Unterstützung für diesen Kurs fordern BürgerForum und 69 Prozent der Bevölkerung „voll und ganz“, dass Unternehmen, die gegen das Arbeitsrecht, gegen den Umweltschutz oder gegen Menschenrechte verstoßen, keine öffentlichen Aufträge mehr erhalten sollen. Dass die EU sich zugleich für eine stärkere Kontrolle der Finanzmärkte einsetzen soll, teilen 86 Prozent der Bevölkerung, davon 43 Prozent „voll und ganz“.

Um mehr Lebenschancen aller Menschen zu ermöglichen, sollen die internationalen Organisationen demokratisiert werden. So sollen aus Sicht des BürgerForums der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen reformiert, das Vetorecht abgeschafft und zusätzliche Mitglieder aufgenommen werden. 77 Prozent der Bevölkerung teilen diese Forderung, davon 27 Prozent „voll und ganz“.

Forschungsfreiheit ohne ideologische Schranken

Ausschuss Innovation

Die Mitglieder des Ausschusses Innovation diskutierten drei Problembereiche. Neben einer ganzheitlichen Betrachtung des Innovationsbegriffs debattierten sie über eine innovationsfördernde Bildungspolitik sowie ideologische Beschränkungen in der Forschung. Der Ausschuss Innovation entwickelte dazu vier Lösungsvorschläge.

Kommunikation – Voraussetzung für Wissensgenerierung

Die Ausschussmitglieder beklagen, dass der Mensch in der Marktwirtschaft oft nur als Produktionsfaktor gesehen wird. Innovation kann in den Augen der Teilnehmer des BürgerForums aber nur dann entstehen, wenn der Mensch nicht auf seine vorherrschenden Kompetenzen reduziert wird, sondern wenn die Rahmenbedingungen geschaffen werden, seine Potenziale zu entdecken, weiterzuentwickeln und auszuschöpfen. Das Internet spielt nach Sicht des Ausschusses zum Zweck der Informationsbeschaffung und der Kommunikation eine zentrale Rolle. Bestandteil des BürgerProgramms ist es daher, für alle Menschen einen Internetzugang in Bildungs- und Sozialeinrichtungen zu gewährleisten. Diese Forderung unterstützt auch eine große Mehrheit der Bevölkerung (80 Prozent). Um gerade denen, die nicht mit Computern aufgewachsen sind, die Möglichkeit zu geben, das Internet für sich zu entdecken, verlangen die Verfasser des BürgerProgramms, dass der Staat altersgerechte Computerkurse anbietet. Diese Einschätzung teilen 38 Prozent der Bevölkerung allerdings „eher nicht“.

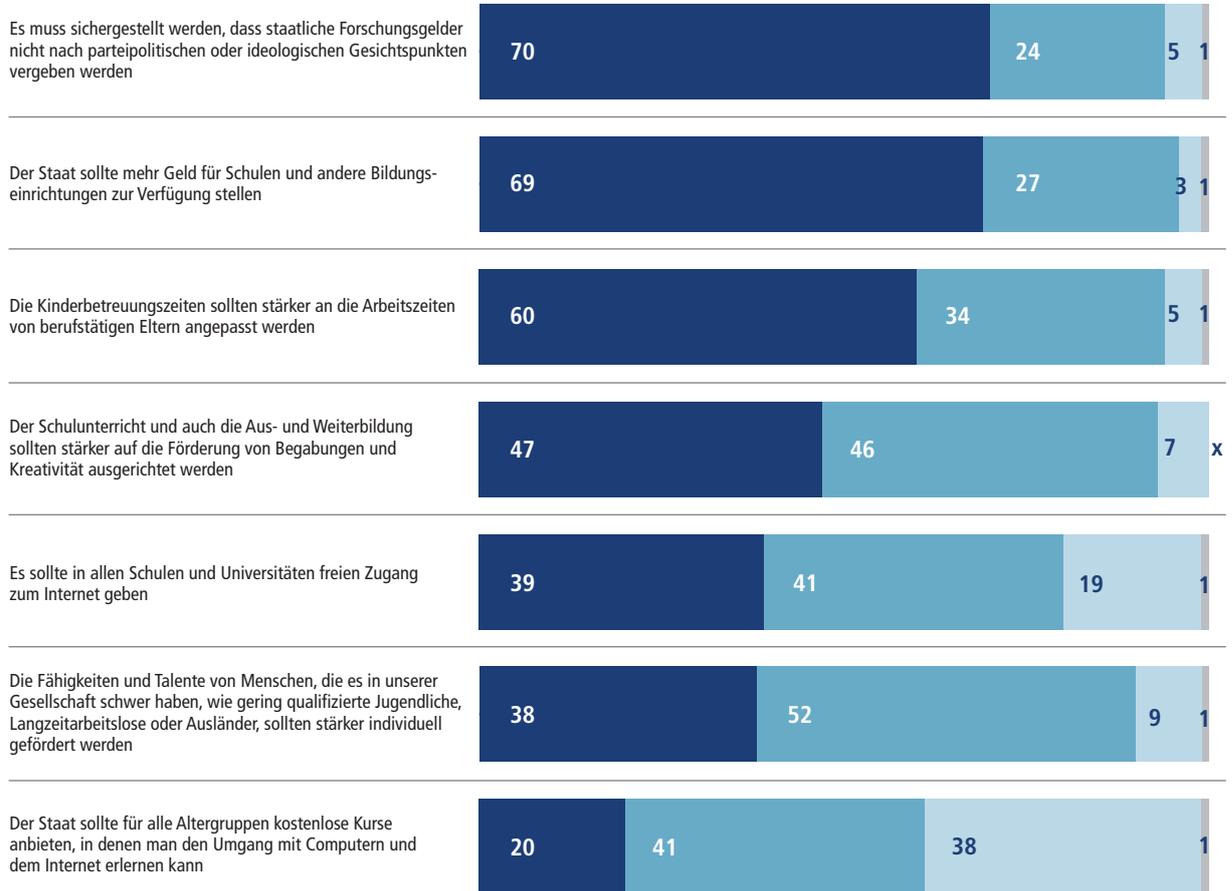
Bildung – Urquell von Innovation

Nur eine Bildungspolitik, die stärker auf die individuelle Bedürfnisse und Begabungen von Schülern ausgerichtet ist, vermag aus der Sicht der Teilnehmer des BürgerForums Kreativität und Innovation optimal zu fördern. Daher sollte der Staat die finanziellen Ressourcen für Schulen und weitere Bildungseinrichtungen erhöhen. Dem stimmt die deutsche Bevölkerung mehrheitlich zu (93 und 96 Prozent). Neben der Bildungspolitik, spielt im Ausschuss Innovation auch Familienförderung eine wichtige Rolle, denn Kinder sind die Zukunft der Gesellschaft. Innovative Modelle, wie das Mehrgenerationenhaus oder „die Leihoma/der Leihopa“, sind hier gefragt. Darüber hinaus fordern das BürgerProgramm sowie 94 Prozent der Bevölkerung, dass sich die Öffnungszeiten von Kinderbetreuungsstätten stärker nach den Bedürfnissen der berufstätigen Eltern ausrichten sollten.

Forschungsfreiheit ohne ideologische Schranken

Das BürgerForum erachtet eine wertneutrale Forschungsförderung für eine maßgebliche Grundvoraussetzung von Innovationen. Es muss daher sichergestellt werden, dass staatliche Forschungsmittel nicht nach parteipolitischen oder ideologischen Gesichtspunkten vergeben werden. Fast alle Bürger Deutschlands (94 Prozent) teilen diese Meinung. So schlägt der Ausschuss Innovation vor, dass nicht der Staat selbst, sondern ausschließlich unabhängige Gremien, wie beispielsweise der Ethikrat, über die Vergabe von finanziellen Mitteln bestimmen dürfen. Neben der Erhöhung des Budgets für Forschung differenziert der Ausschuss zwischen Forschung und Anwendung. Während die Grundlagenforschung völlig frei sein sollte, muss bei der Anwendung der Forschung auf ethische Grenzen geachtet werden.

Gesamtergebnisse: Ausschuss Innovation



x = unter 0,5%

Es stimmen dieser Forderung zu: ■ voll und ganz ■ eher ja ■ eher nicht ■ unentschieden

Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

Bezahlbare Gesundheitsversorgung mit gleichen Leistungen für alle Bürger

Ausschuss Soziales

Das Bürgerforum hat sich auf Vorschläge des Ausschusses Soziales verständigt, die eine nachhaltige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme vorsehen, die bessere Integration von älteren Mitbürgern, Migrantinnen und sozialen Schwächeren anstreben sowie die soziale Schieflage verringern sollen.

Gerechte Sozialsysteme – durch gleiche Ansprüche für alle Bürger

Aus Sicht des BürgerForums sollen die Leistungen des Gesundheitssystems für alle verfügbar und bezahlbar sein. Die Bevölkerung teilt diese Meinung nahezu einhellig. 84 Prozent der Menschen wollen „voll und ganz“, dass der Staat eine bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle sicherstellt. Dabei soll aber auch die Eigenverantwortung gestärkt werden. Eine Ansicht, die von der Bevölkerung geteilt wird. Denn jeweils 90 Prozent der Menschen treten für den Einblick der Patienten in die Arztrechnungen ein und erwarten, dass jeder Einzelne sich gesundheitsbewusster verhält.

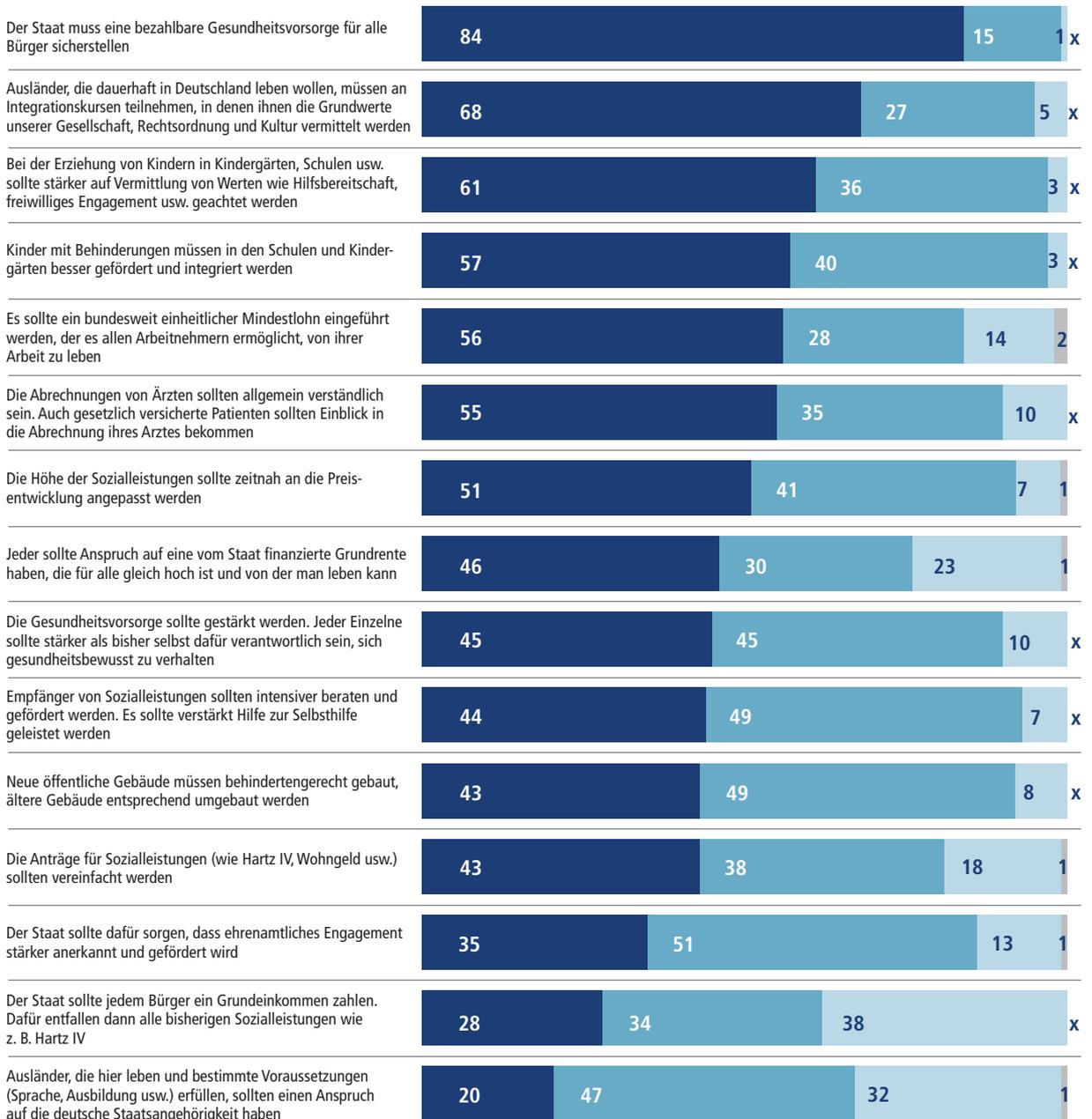
Für die Alterssicherung hat sich das BürgerForum auf ein Kombinationsmodell aus Grundsicherung, umlagefinanzierter Rente und privater Vorsorge geeinigt. Basis soll eine steuerfinanzierte Grundrente sein, die alle in gleicher Höhe erhalten und von der jeder leben kann. In der Bevölkerung stimmen 76 Prozent der Menschen dieser Forderung zu, 46 Prozent davon sogar „voll und ganz“.

Bessere Integration – mehr „Fördern und Fordern“ für Benachteiligte

Es ist das Ziel des BürgerForums, Menschen mit Migrationshintergrund umfassend am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu beteiligen. Voraussetzung dafür sollen verpflichtende Integrationskurse für Ausländer sein, die dauerhaft in Deutschland leben wollen. 68 Prozent der Bevölkerung schließen sich dieser Ansicht „voll und ganz“ an. Ebenfalls eine Mehrheit von 67 Prozent stimmt der Forderung des BürgerForums zu, dass Ausländer, die hier leben und Voraussetzungen wie Sprache und Ausbildung erfüllen, einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten sollen. Allerdings können sich nur 20 Prozent dieser Auffassung „voll und ganz“ anschließen.

Größere Mehrheiten in der Bevölkerung finden sich für die Vorschläge des BürgerForums, die Empfänger von Sozialleistungen im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe intensiver zu fördern (93 Prozent) und die Antragstellung zu vereinfachen (81 Prozent). Auch die behindertengerechte Bauweise und Umrüstung öffentlicher Gebäude erhält in der Bevölkerung breite Zustimmung (92 Prozent).

Gesamtergebnisse: Ausschuss Soziales



x = unter 0,5%

Es stimmen dieser Forderung zu: voll und ganz eher ja eher nicht unentschieden

Angaben in Prozent

BertelsmannStiftung

Gegen die soziale Schieflage – Mindestlöhne und eine allgemeine Grundsicherung

Der Forderung des BürgerForums, gegen die soziale Schieflage bundesweit einheitliche Mindestlöhne einzuführen, die es allen Arbeitnehmern erlauben, von ihrer Arbeit zu leben, wird von einer Mehrheit von 56 Prozent der Bevölkerung „voll und ganz“ unterstützt. Weitere 20 Prozent stimmen dieser Forderung „eher“ zu. Auch die zeitnahe Anpassung der Höhe der Sozialleistungen an die Preisentwicklung erhält eine Zustimmung von 92 Prozent in der Bevölkerung, davon 51 Prozent „voll und ganz“. Geteilter sind die Meinungen in der Bevölkerung zur Forderung des BürgerForums, alle bisherigen Sozialleistungen wie Hartz IV in eine allgemeine Grundsicherung umzuwandeln. Zwar unterstützt auch hier eine Mehrheit von 62 Prozent diese Idee, davon aber nur 28 Prozent „voll und ganz“. Und 38 Prozent der Bevölkerung schließen sich dieser Auffassung nicht an.

Klare Mehrheiten für eine ökologische Umsteuerung

Ausschuss Umwelt

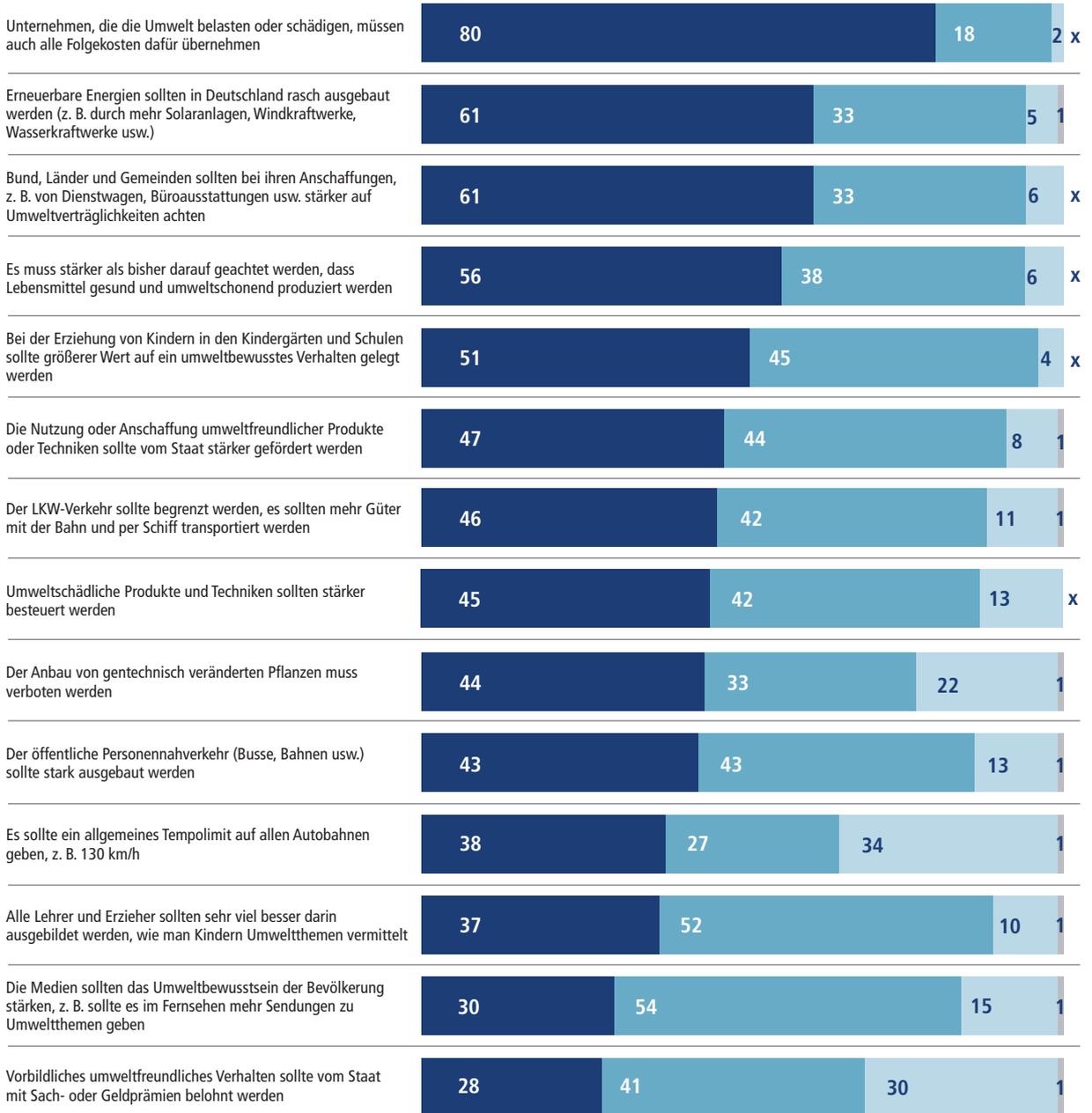
Der Umweltausschuss hat im BürgerForum Mehrheiten für Problemlösungen gefunden, die die gefährdeten Lebensgrundlagen schützen, die Ausbeutung der Natur durch nicht erneuerbare Energien und Ressourcen beenden sowie die Sensibilität für Umweltfragen erhöhen sollen.

Schutz der Lebensgrundlagen – Verbot der Gentechnik und Tempolimit bei 130 km/h

Das BürgerForum fordert mit großer Mehrheit die Umstellung der Landwirtschaft auf die umweltschonende Produktion gesunder Lebensmittel. Deshalb findet das BürgerForum auch ein Verbot der „grünen“ Gentechnik notwendig. Beide Forderungen treffen auch in der Bevölkerung auf breite Zustimmung. So erwarten 94 Prozent aller Bürger eine größere Beachtung für eine umweltschonende Produktion von Lebensmitteln. Über drei Viertel der Menschen tritt für ein Verbot gentechnisch veränderter Pflanzen ein.

Ebenfalls zum Schutz der Lebensgrundlagen soll aus Sicht des Bürgerforums der Güter- und Personenverkehr viel stärker auf Schienen, Busse und Wasserstraßen verlagert werden. Für die Umsteuerung fordert das BürgerForum u. a. auch ein allgemeines Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen. Mit dieser Forderung stößt das BürgerForum auch bei fast zwei Dritteln der Bevölkerung auf eine breite Zustimmung. Noch größer ist die Zustimmung für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Über 80 Prozent der Bevölkerung treten für die Begrenzung des LKW-Verkehrs und den Ausbau von Bahnen und Bussen ein.

Gesamtergebnisse: Ausschuss Umwelt



x = unter 0,5%

Es stimmen dieser Forderung zu: voll und ganz eher ja eher nicht unentschieden

Angaben in Prozent

| BertelsmannStiftung

Erneuerbare Ressourcen – klare Mehrheiten für ökologische Umsteuerung

Das BürgerForum strebt eine schnelle und radikale Senkung der CO²-Emissionen durch die Umstellung auf erneuerbare Energien an. Die Teilnehmer des Forums finden mit 94 Prozent eine nahezu einhellige Zustimmung in der Bevölkerung, 61 Prozent der Bevölkerung unterstützen den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien sogar „voll und ganz“.

Für die ökologische Umsteuerung hin zu erneuerbaren Ressourcen erwartet das BürgerForum eine größere Rolle staatlicher Anreize, um umweltfreundliche Produkte und Technologien zu fördern und umweltschädliche Produktionsweisen zu verringern. Die Bevölkerung unterstützt diese Forderungen mit großen Mehrheiten. So finden es 80 Prozent „voll und ganz“ richtig, wenn Unternehmen künftig alle Folgekosten für Umweltbelastungen tragen. Deshalb sollten aus Sicht von 88 Prozent der Menschen umweltschädliche Produkte und Techniken stärker besteuert werden, und 91 Prozent treten für die stärkere Förderung umweltfreundlicher Produkte ein.

Umweltbewusstsein – mehr Bildung für die Umwelt

Im BürgerForum herrschte große Einigkeit darüber, dass mehr Umweltbildung und mehr Umweltinformationen der Schlüssel für umweltbewusstes Verhalten sind. Ebenso wie das BürgerForum sind auch fast 90 Prozent der Bevölkerung der Meinung, dass Lehrer und Erzieher sehr viel besser für die Vermittlung von Umweltthemen ausgebildet sein sollten. Und 96 Prozent legen Wert auf mehr Erziehung zu umweltbewusstem Verhalten in Kindergärten und Schulen. Auch die Medien sollten aus Sicht von 84 Prozent der Bevölkerung das Umweltbewusstsein stärken, zum Beispiel durch mehr Sendungen im Fernsehen. Und über 60 Prozent finden es richtig, wenn der Staat umweltfreundliches Verhalten mit Geld- und Sachprämien fördert.

Service Formular

BürgerProgramm Soziale Marktwirtschaft

Erscheinungsdatum Juni 2008
Umfang 54 Seiten



Kostenlos erhältlich mit folgendem Bestellschein oder als Download unter:

www.buergerforum2008.de

Fax-Bestellschein an 05241 81-681261

Bertelsmann Stiftung
Frau Sandra Schruf
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Bitte senden Sie mir ____ Exemplar(e) der Publikation
„BürgerProgramm Soziale Marktwirtschaft“ an folgende Anschrift:

Impressum

© 2008 Bertelsmann Stiftung

Herausgeber:

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Verantwortlich:

Dr. Robert B. Vehrkamp
Telefon 05241 81-81526
Fax 05241 81-81982
robert.vehrkamp@bertelsmann.de

Andreas Kleinsteuber
Telefon 05241 81-81405
Fax 05241 81-81982
andreas.kleinsteuber@bertelsmann.de

Anna Wohlfarth
Telefon 05241 81-81425
Fax 05241 81-81982
anna.wohlfarth@bertelsmann.de

Bildnachweis:

Quelle: Dennis Brosda, Bonn

Der besseren Lesbarkeit wegen haben wir in der Regel auf die weibliche Sprachform verzichtet.
Wir bitten alle Leserinnen um Verständnis.

Adresse | Kontakt:

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon 05241 81-0
Fax 05241 81-81999

Dr. Robert B. Vehrkamp
Telefon 05241 81-81526
Fax 05241 81-81982
robert.vehrkamp@bertelsmann.de

Andreas Kleinsteuber
Telefon 05241 81-81405
Fax 05241 81-81982
andreas.kleinsteuber@bertelsmann.de

Anna Wohlfarth
Telefon 05241 81-81425
Fax 05241 81-81982
anna.wohlfarth@bertelsmann.de

www.bertelsmann-stiftung.de